

## **Die Grünen wünschen sich mehr Transparenz und Sensibilität in Sachen Baumfällungen und fordern eine Baumschutzsatzung**

Den Bürgern zu erklären, warum es in einem bestimmten Fall unumgänglich ist, Bäume zu fällen, weil sonst ein sinnvolles Projekt nicht möglich wäre, ist nach Meinung der Grünen eine notwendige Selbstverständlichkeit in einer mündigen Gesellschaft.

Die Tatsache allerdings, dass erst ein Aufschrei erfolgen muss, bevor eine längst überfällige Erklärung zur Baumfällung am Ärztehaus in die Presse kommt, zeigt, dass dieser nötig war, um Transparenz herzustellen.

Hintergrund für die Presseerklärung der Grünen war eine Anfrage der Grünen im Bauausschuss vom 26. Januar 21 zu den anstehenden Baumfällungen im Zusammenhang mit dem geplanten Ärztehaus. Seitens der Verwaltung wurde zugesagt, kurzfristig Stellung zu nehmen, welche Bäume erhalten und welche gefällt werden sollten. Eine Antwort auf die Anfrage haben die Grünen bislang nicht erhalten.

Der Bürgermeister weist jede Verantwortung der Gemeinde zurück und betont, dass die Grünen dem Projekt zugestimmt hätten und die Kommunikation über Baumfällarbeiten Sache des Bauherrn sei.

So einfach sehen das die Grünen aber nicht. Baumschutz ist auch Sache der Gemeinde. Es ist bedauerlich, dass an das Baum-Thema seitens der Gemeinde nicht sensibler und transparenter herangegangen wird. Es wäre doch viel einfacher gewesen, wenn die Problematik im Vorfeld – also vor der Planung – bereits seitens der Verwaltung proaktiv angesprochen worden wäre und man über Alternativen nachgedacht hätte, vielleicht auch mit dem Ergebnis, dass es keine sinnvolle Alternative gibt und dies dann zeitnah kommuniziert wird.

Darum geht es, um Sensibilität und Transparenz, und nicht darum, dass die Grünen den Gewinn für die Gemeinde durch das geplante Ärztehaus in irgendeiner Art in Frage stellen.

Die Pressemitteilung der Grünen hat immerhin dazu geführt, dass über die Baumfällung am geplante Ärztehaus berichtet wurde und die Bäume nicht kommentarlos gefällt werden.

Die Grünen richten nun ihren Blick nach vorn und fordern für die Gemeinde Senden eine Baumschutzsatzung, um den ausgewachsenen Baumbestand in der Gemeinde Senden zu schützen. Dann müssen größere Baumfällungen mit mehreren Behörden abgestimmt und Ersatzpflanzungen als Kompensation festgeschrieben werden.